

## **#vorarlbergerInnen – die neue Plattform für Gesellschaft und Politik**



Zusammenfassung zur Diskussionsveranstaltung der #vorarlbergerInnen mit AdR Mitglied, Landeshauptmann Markus Wallner am 6.11.18, zum Workshop mit Studenten der PH und zur Subsidiaritätskonferenz in Bregenz am 14. & 15.11. in Bregenz

Landeshauptmann Markus Wallner berichtet bei der Diskussionsveranstaltung über seine Arbeit im Ausschuss der Regionen und über die Anfänge der EU in denen er schon politisch tätig war und u.a. auch direkt in Brüssel Erfahrungen sammelte. Damals war es notwendig über Europa zu informieren und die wirtschaftliche Dimension zu klären. Die Parteien waren uneinig und die Bürger skeptisch. Dabei ist die wirtschaftliche Bedeutung der Europäischen Union in Verschmelzung mit dem Friedensprojekt zu sehen: durch die engen Handelsbeziehungen, die Zusammenarbeit der Kohle- und Stahlkonzerne konnte die Rüstungsindustrie „neutralisiert“ werden und der Grundstein für langwährenden Frieden war gelegt. Dabei haben die verantwortlichen Akteure die Aufgabe, diesen Stein nicht ins Rollen zu bringen, was permanente und immerwährende Arbeit bedeutet. Aufklärung, Transparenz und Werbung in eigener Sache benötigt eine Institution wie die Europäische Union, auch deswegen, weil ihre Gründung und ihr Bestehen nicht selbstverständlich ist. Europa ist nicht Brüssel – Europa sind wir alle.

Die Akteure der Ausschüsse und Institutionen in der europäischen Union sind sehr bemüht, Lösungen zu finden. Im technischen Bereich als auch bei den Bildungsoffensiven und Forschung ist Europa im Spitzenfeld und sieht es zudem als Aufgabe, einen großen Schatz an Sprache, Kultur und Innovation zu hüten und weiterzuentwickeln. Auch die Kooperationen mit anderen Destinationen außerhalb der Europäischen Union erfordern viel Ressourcen. Doch was ist die Antwort von Vorarlberg, von Österreich, von der EU auf die zunehmende Globalisierung? Wie können Tradition und die Art, Dinge anzupacken beibehalten werden, wenn im Gegenzug möglichst vieles genormt werden will und Rahmenbedingungen weltweit verbindlich festgelegt werden wollen? Die EU ist global betrachtet mit 7 % der Weltbevölkerung ein eher kleiner Spieler und doch von wirtschaftlicher Bedeutung. So werden vorarlbergweit rd. 10 Mrd. Euro im Ausland erwirtschaftet. Jeder zweite verdiente vorarlberger „Wohlstands-Euro“ kommt aus dem Ausland. Dabei profitiert Vorarlberg auch stark von den prosperierenden Nachbarregionen, die in EU Kreisen als Wohlstandsbanane bezeichnet werden. (Westösterreich, Norditalien, Süddeutschland, Schweiz)

Wie geht's weiter mit der Europäischen Union? Was ist mit den vermeintlichen und realen schweren Krisen der EU? Für Landeshauptmann Markus Wallner ist es von großer Bedeutung, das Vertrauen in die EU seitens der Bevölkerung zu stärken und Qualitätsanspruch in Form von nachhaltigen, zeitnahen Lösungen zu garantieren. Der Ausstieg von Großbritannien verändert das Gefüge der EU und zeigt die Komplexität und die Verflechtung – wie auch der Nutzen der EU deutlich auf. Dass die Abstimmung in GB

Überhaupt stattfand und wie die Meinungsbildung zustande kam, ist jedoch sehr fragwürdig und für die nächste Generation der Briten eine große Herausforderung.

Diskussionsbeiträge:

Es wird angemerkt, dass außerhalb einer Elite die Menschen nicht von den Vorteilen der EU profitieren. Eine Annäherung zu den Bürgern wäre durch mehr unmittelbare Einbindung derselben möglich. Direktdemokratische Instrumente könnte man besser nutzen. Bestehende Bestrebungen wonach Initiativen mit 1 Mio. Unterschriften eingereicht werden können, sollen forciert werden. Gleichzeitig sollen diese verbindlich(er) werden.

Als jüngstes Beispiel wird die Umfrage zur Sommerzeit genannt. Die Anwesenden sind ganz unterschiedlich beteiligt gewesen. Manche haben mitgestimmt, manche die Umfrage nicht oder erst zu spät wahrgenommen und ein Diskussionsteilnehmer hat aufgrund von zeitlicher Dimension (Umsetzung erst in ein paar Jahren) nicht an der Umfrage teilgenommen.

Die EU hat Bestrebungen außenpolitisch aktiver zu werden. In der Diskussion stellt sich die Frage, inwieweit das mit der Neutralität Österreichs vereinbar ist. LH Wallner bestätigt, dass dies beim Beitritt zur EU rechtlich geprüft worden sei und eine Beteiligung an einer zukünftigen militärischen Umgestaltung nur innerhalb der bestehenden Neutralitätsvereinbarung möglich ist. Die Neutralität Österreichs ist lt. Diskussionsteilnehmer nicht mit verstärktem Engagement der EU in Aussenbeziehungen oder militärischen Bestrebungen vereinbar.

Es wird angeregt, dass sich die EU stärker auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren soll und die politischen Ambitionen auf das Nötige reduzieren. Brennende politische Probleme werden bis jetzt immer in den Nationen gelöst – oder eben nicht - wie zum Beispiel Italien mit der Einwanderungsbewegung – das kaum Unterstützung seitens der EU und der anderen Mitgliedsländern bekommen hat. Die EU soll sich als Wirtschaftsunion sehen, da die politischen Ansichten von Madrid bis Helsinki zu stark variieren und dadurch die Bevölkerung verunsichert ist.

Um die Glaubwürdigkeit von Informationen zu stärken könnte bei wichtigen Fragen in der EU aber auch innerhalb von Österreich und Vorarlberg eine sachliche Unterlage geschaffen werden nach dem Vorbild des Abstimmungsbuches in der Schweiz. Dort kann der Bürger in diesem Buch die Pro und Kontra zu einer Abstimmung herauslesen und darauf vertrauen, dass diese Informationen neutral und sachlich geprüft sind. Die grundsätzliche Verantwortung der EU könnte man besser sichtbar gemacht werden, man müsste sie frühzeitig, transparent und bürgernah erklären.

Es bestehen durchaus Möglichkeiten die EU mitzugestalten. Dr. Martina Büchel-Germann vom Büro für Europaangelegenheiten informiert über die Herleitung der Gesetze und die Möglichkeiten der Mitgliedsstaaten. Die Länder und auch Bundesländer sind eingeladen, Position zu bestimmten Themen zu beziehen. Die Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen werden ebenfalls gehört. Der Bürgerdialog wie auch das Format der Bürgerkonsultationen wird von der EU unterstützt. Direktdemokratische Instrumente werden in den Mitgliedsländern ganz unterschiedlich angenommen. Es gibt Regionen in denen diese demokratischen Formate von den Bürgern traditionell eher nicht genutzt werden.

Die anwesenden Diskussionsteilnehmerinnen sind sich einig, dass sie sich bei wichtigen Entscheidungen gerne einbringen würden. Doch wie kann dieses Subsidiaritätsprinzip belebt werden? Die Tragweite von Entscheidungen könnten die Bürger im kleinen Rahmen (Gemeinden) lernen um dann bei den großen Agenden kompetent entscheiden zu können und dies auch zu wollen und bei Bedarf einzufordern. Als mögliche These wird kolportiert: Die Bürger bestimmen die Gesetze der EU und die Politik greift nur dort ein, wo dieses Modell nicht funktioniert.

Die EU hat im Bildungsbereich schon viele Vorteile für ihre Mitgliedsstaaten geschaffen. Im Bereich Lehrerbildung ist jedoch ein europaweiter Austausch nicht möglich. Dies sollte in das Erasmusprogramm aufgenommen werden. Die Ausbildungen sollten in möglichst allen Bereichen nostrifiziert werden. Austausch PH Studenten ist dzt. nicht einmal innerhalb Österreichs möglich. Die PH in Vorarlberg könnte noch viel Entwicklung vertragen. Derzeit werden nur vier Fächer angeboten und die Zusammenarbeit mit der PH in Innsbruck könnte verbessert werden bzw. muss sich noch einspielen. Auch der Präsenzdienst sollte zukünftig europaweit leistbar sein.

Offt können Probleme der Regionen wie beispielsweise in der „Internationalen Bodenseekonferenz“ nicht gelöst werden, weil die Regionen auf ihre nationalen Rahmenbedingungen bestehen müssen und diese ihre Handlungsfähigkeit eingrenzen. Weniger nationale Gesetze und mehr Handlungsspielraum für die Regionen wären ein Schritt zu „den Bürgern“ welche dadurch einen besseren Bezug zu den Themen bekommen würden.

Die Informationen von der EU müssten über eine neutrale Stelle an die Bürger gereicht werden. Informationen sollten attraktiv und die digitalen Möglichkeiten ausschöpfend und zeitnah an die Bürger herangetragen werden. Ein hoher Output wird über die digitalen Medien erwartet.

Offt wird der Eindruck vermittelt, dass schwierige Themen möglichst lange geheim gehalten werden um damit die Menschen nicht zu verunsichern. Mehr Transparenz auch bei heiklen Angelegenheiten würde die Glaubwürdigkeit der EU erhöhen und eine solide Meinungsbildung erlauben.

Politische Bildung sollte mehr Gewicht in den Bildungsplänen bekommen.

Es wird diskutiert, ob die von den Parteien vorgefertigten Listen Wähler vom Wählen abhalten, weil sie ihren Einfluss beschränkt sehen und misstrauisch machen.

Untersuchungen gibt es hierzu keine. Erfahrungen zeigen, dass im Bregenzerwald wo diese Möglichkeit der Wahl (Urwahlrecht) besteht, eine grundsätzlich hohe Wahlbeteiligung üblich ist. Möglicherweise würde es animierend wirken, wenn freie Listen von den Bürgern gestaltet werden dürfen. Diese Frage werden die #vorarlbergerInnen online abstimmen lassen. ([www.vorarlbergerInnen.at](http://www.vorarlbergerInnen.at))

Um die Arbeit der EU näher zu den Menschen zu bringen wird auch die Forcierung des direkten Austausches von Abgeordneten als Verbesserung betrachtet. Bürgerstammtische, Chats und Sprechstunden könnten einen direkten Link und Bewusstsein für Themen schaffen.

Die Schweiz als großes Vorbild für direkte Demokratie und die Gewinner der EU als Nichtmitgliedland werden kontrovers diskutiert. In der Schweiz werden viele Richtlinien der EU übernommen, um im internationalen Wettbewerb überhaupt anbieten zu können.

Die Diskussionsteilnehmerinnen – speziell die TeilnehmerInnen der PH beschäftigt auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Dies wird als Anregung zum weitem Austausch der #vorarlbergerInnen aufgenommen. (Wie wird die Inklusion im Unterricht künftig leistungsdifferenziert stattfinden? Warum werden die sonderpädagogischen Zentren abgeschafft?)

Ergänzung durch Beiträge bei der Subsidiaritätskonferenz 15. + 16.11.2018, Festspielhaus Bregenz:

Das Vertrauen in die EU fehlt primär bei den Vollzugsagenden und nicht bei der Rechtssprechung.

Bürgernähe könnte durch mehr Rückgewinnung von Kompetenzen an die Regionen gelingen. Die Menschen sind skeptisch gegenüber einem Superstaat, der uns alle bevormundet.

Die Dezentralisierung soll heilsam sein und Vertrauen schaffen.

Föderalismus hat in Österreich Tradition. Andere Länder sind zentral organisiert. Die Meinung der Menschen hierzu unterscheidet sich von Region zu Region. Subsidiarität bedeutet in jedem Land etwas anderes. Sie soll keine Ideologie sein, sondern eine praktische Übersetzung von „Was sind unsere Prioritäten?“

Die regionalen Gebietskörperschaften brauchen eine stärkere Stimme und mehr Rechte.

Föderalstaaten sind tendenziell wirtschaftlich sehr erfolgreich, ebenso wie grundlagenforschende Regionen.

Vielfalt ist ein Trumpf Europas. Sie sollte keinesfalls unter der EU leiden. Wie kann man ein europäisches Gemeinwesen so gestalten, dass die verschiedenen Ebenen harmonisch zusammenwirken und jeder das macht, was er gut hinkriegt? Das ist die Herausforderung, der sollte man alles andere unterordnen.

Die Menschen irritiert der Verlust von Kontrolle. Diesen Anschein machte „der Staat“, bei der großen Migrationsbewegung 2015. Das Vertrauen wird zurückgewonnen, wenn die Aufgaben klar sortiert sind und die Kompetenzen geregelt.

#### **Themenfelder, die auf die Agenda der #vorarlbergerInnen erscheinen: :**

Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation Behörde – Bürger. Wie ist das Wording und wird ein persönlicher Bezug hergestellt, damit die Themen bei den Menschen ankommen?

Wie bringen wir Europa den Menschen im Alltag näher:

Das Projekt „Schöne Aussichten“: Durch Fernrohre sehen die Menschen in und aus der EU und werden informiert über die Bezugspunkte, Brennpunkte der Geschichte und Orte der Gegenwart, welche in direktem Kontext mit dem Wirken der EU in Zusammenhang stehen. Das Projekt wird in Workshops mit den Studenten der Pädagogischen Hochschule bearbeitet und in weiterer Folge zusätzlich in anderen Gremien diskutiert und weiterentwickelt.

Über eine demnächst erscheinende Online Abstimmung sollen die Lösungsansätze werden können und gleichzeitig die Diskussion über Europa weiter führen.

Gerda Schnetzer-Sutterlüty  
22.11.2018